

Vossische Zeitung

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen / Begründet 1704

Verlag Ullstein. Fernsprech-Zentrale Ullstein: Dönhoff (A 7) 3600—3665. Fernverkehr: Dönhoff 3636—3698. Telegramme: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheck-Konto: Berlin 663. Monatlich 3,00 M (einschl. 70 Pf. Zuschlag für Porto und Kosten oder 1,24 M Postgebühren), bei Postbestellung außerdem 72 Pf. Bestellgeld

Berlin

Verantwortlich für den Gesamtinhalt (außer dem Handelsteil) Dr. Carl Misch, Berlin. Anzeigen-Preis: mm-Zeile 35 Pfennig. Familien-Anzeigen: mm-Zeile 20 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

10 Pf. [Anwärt 1937] • Nr 57

MITTWOCH, 3. FEBRUAR 1932

ABEND-AUSGABE

Der Aktivposten

Die Abwehrbewegung, zu der „Eisernen Front“ und der „Republikanische Kampf“ aufrufen, dient der Stärkung der Staatsgewalt im Kampf gegen die Unterjochung durch die Rechtsradikalen und Kommunisten, die nicht nur einander bedrohen, sondern auch die gemeinsame Grundlage aller politischen und wirtschaftlichen Arbeit. Die Statistik der Betriebsunfällen hat erneut gezeigt, daß die große Masse der Arbeiterkraft trotz aller radikalen Parolen den gewerkschaftlichen Organisationen die Treue hält. Die führende Beteiligung der Gewerkschaften an der großen Abwehraktion bedeutet eine Warnung an die Unruhestifter und eine Ermunterung für alle Kräfte, die von einer Zusammenfassung der Kräfte einen guten Ausgang der nationalen Wiederaufbauarbeit nach innen und außen erhoffen.

Die Kampfparole „gegen den Marxismus“, mit dem eine Gruppe von Machtpolitikern seit einem Jahrzehnt arbeitet, hat zur politischen Verwirrung und Vergiftung des Bürgergeistes geführt, das sich immer mehr von der Führung ausgehelt und der Forderung durch die Extremen ausgeliefert hat.

Muß man daran erinnern, daß der Preussische Staat aus den Händen der Sozialdemokratie, die sich als die Nationalisten, die Führerlos und kopflos befehle fanden, gerettet worden ist, sondern durch die Mäßigkeit und das Verantwortungsbewußtsein von Männern, die noch wenige Jahre vorher von jeder öffentlichen Beteiligung ausgeschlossen waren? Auch in der Zukunft kann Stabilität und Aufstieg nur gesichert werden, wenn die wertvollen Kräfte der Arbeiterklasse, die durch die gewerkschaftliche Schule gegangen sind, für den Staatsaufbau eingesetzt werden. Das gilt nicht nur für die Innenpolitik, sondern auch in dem Maße für die Befreiungskämpfe Mittel- und Ost-Europas, der nur dann Aussicht hat, wenn er nicht als Parteidage betrieben wird.

Schon früher wurde betont, daß das „Mein“ Beirainings, das heute gesprochen werden kann, auf der entgangenen Arbeit der vorausgegangenen Jahre beruht, in denen durch den Versuch der Erfüllung der Getteimung erzielt worden ist, der unentbehrlich war. Auch heute noch genügen nicht die Gutachten der Sachverständigen und die guten Wünsche von Staatsmännern, wie Chamberlain, um in der Frage der Reparationen rechten Tisch zu machen. Es bedarf dazu einer demokratischen Kräfte in der ganzen Welt, die nur dann für Deutschland wirken können, wenn immer wieder hervorgerufen, daß der deutsche Standpunkt wirklich von der Gesamtheit der Nation vertreten wird.

Dankbar muß man die Äußerungen von führenden Persönlichkeiten der freien Gewerkschaften begrüßen, die sich durch die rechtsradikalen Mächte nicht abhalten lassen, ihre internationalen Beziehungen für die deutsche Sache in Bewegung zu setzen. „Wohlgelassen“, so sagt der Gewerkschaftsführer Guttmann, „dem Rechtsradikalismus gegen den Ruhm eine Forderung auch zu ungeeigneter Zeit immer schon gestellt zu haben, für deren Stillenänderung wir unter Opfern auf den gegebenen gesellschaftlichen Zeitpunkt hinarbeiten.“

Der Parteifundamentalismus der Rechtsradikalen geht aber so weit, daß sie nicht nur ihre eigene Parteifolge verfolgen wollen, sondern daß sie direkte Sabotage treiben, weil sie an dem Dogma festhalten: erst muß das „Eisernen“ beseitigt werden, ehe es in Deutschland besser werden dürfte.

Man hat behauptet, man müsse die innerpolitische Hege der Nationalsozialisten „isolieren“, weil die von ihnen getragene nationale Welle einen Aktivposten der deutschen Außenpolitik darstelle. Würde das so, so müßten die Nationalsozialisten wenigstens nach außen hin in die nationale Front einfließen. Tun sie das? Die Antwort ist nicht barm. Täglich heben sie, daß die Reichsregierung überhaupt nicht handlungsfähig sei.

Und es fehlt auch nicht an Auslandsbestimmungen, die diese Behauptung ernst nehmen. Insbesondere sind es die französischen Nationalisten, die sich das Argument zu eigen machen, man müsse erst einmal abwarten, was in Deutschland geschehe.

Diese Stellung ist klar: ein Deutsches Reich unter rechtsradikaler Führung wäre für absehbare Zeit so handlungsunfähig und hätte mit einem solchen Mißtrauen in der ganzen Welt zu kämpfen, daß die außenpolitischen Gegenpole keinerlei Rückhalt zu überbränden.

Entsprechend dieser Haltung muß auch Deutschlands Delegation für die Abrüstungskonferenz jede Wirkungslosigkeit bezeichnen. Man müsse, so wird in

München erklärt, an die deutschen Vertreter die Frage richten:

„Werdet ihr auf der Abrüstungskonferenz Deutschlands Sicherheit auf dem Boden der Gleichberechtigung verlangen oder mit der utopischen Forderung allgemeiner Abrüstung nach deutschem Muster auch weiterhin auch begnügen?“

Wenn die deutschen Vertreter dieser Aufforderung nachkämen, so würden sie Deutschland in die französische politische Front einbringen, mit dem kleinen Unterschied, daß Frankreich und seine Verbündeten mit der Auf-

rüstung wirklich Ernst machen könnten, während sie für Deutschland praktisch ausdientlos wäre.

Auch in der Abrüstungsfrage zeigt sich die Tatsache, daß der Rechtsradikalismus seine Energie für die deutsche Außenpolitik befreit, sondern in Gegenwart unserer eigenen Abgenutheit entkräftet und der Gegenleistung wider Willen unerschöpfbare Dienste leistet. Erfolgreiche deutsche Außenpolitik kann nur auf dem Boden des gleichen Rechts bestehen werden, das sich im Innern wie nach außen in gleicher Weise auswirkt.

J. E.

Erdbeben auf Kuba

Fünfhundert Tote — Die Stadt Santiago in Flammen

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

NEW YORK, 3. FEBRUAR

Die Stadt Santiago de Kuba ist durch ein Erdbeben zerstört worden. Fünfhundert Menschen sollen getötet worden sein.

Die Katastrophe ereignete sich innerhalb einer halben Minute. Fast alle Telefon- und Telephonverbindungen des südlichen Teils der Insel sind zerstört, nur einige Me-

Stütz nach dem ersten Erdbeben brach an verschiedenen Stellen der Stadt gleichzeitig ein Feuer aus. Die Wasserleitung wurde gestoppt, geflohen die Flammen mit rasender Schnelligkeit um sich. Eine große Anzahl Menschen, die im staatlichen Gefängnis eingesperrt waren, und die man nicht befreien konnte, weil die Gänge des Gefängnisses durch Trümmer verstopft waren, fielen den Tod.

Die Inassen einer Stadt, die zufällig während der Katastrophe vor Santiago kreuzte, erzählte, daß sich heute morgen, 7 Uhr 15 Minuten M. E. Z., im Zeitraum von dreißig Minuten mehrere Erdbeben ereignet haben. Sie sahen aus der Ferne die Häuser Santiagos wie Kartenhäuser zusammenfallen, sie hörten das Donnern und Strömen, das durch das Zusammenstürzen der Gebäude und durch zahlreiche Explosionen verursacht wurde.

Da der Stadt befinden sich augenblicklich nur außer dem Militärspital und Kirchen, Teile und Schwereverwundete. Die Panik unter der Bevölkerung ist noch dadurch gesteigert worden, daß schon beim ersten Erdbeben die Lichterzeugung unterbrochen wurde und die gesamte Stadt im Dunkel lag.

*

Santiago de Kuba, nach Spanna die bedeutendste Stadt und wichtigster Ausfahrtsplatz der Insel, ist der Zentralpunkt der „Kubanischen Schweiz“ — es liegt umfaßt von tausend Meter hohen Bergen, deren Hänge vorwiegend mit Orangen und Zitrus bepflanzt sind, an der Südküste der Insel. Mehr die mit Kaktusarten besetzten Hügel der Stadt, die wegen der häufigen Erdbeben sehr niedrig gebaut wurden, erhob sich, weithin sichtbar, die prächtige Kathedrale, die jetzt der Katastrophe zum Opfer gefallen ist. Hier im Südwesten der Insel wurden die entscheidenden Schlachten des spanisch-amerikanischen Krieges Ende des vergangenen Jahrhunderts geschlagen, im Hafen von Santiago wurde die spanische Flotte von den Amerikanern vernichtet. Zahlreiche Denkmäler geben Zeugnis von diesen Ereignissen.

Die Bevölkerung der etwa 200 Jahre alten Stadt — die Gesamtzahl der Einwohner betrug 150 000 — legt sich vorwiegend aus Kroeten und Negern zusammen, die meist in Zigarrenfabriken und im Weinbau beschäftigt sind. Aus dem riesigen Naturpark wurden jährlich bedeutende Mengen von Zucker und Tabak ausgeführt.



lungen kamen durch, aus denen hervorgeht, daß unter den Bewohnern der Stadt eine Panik ausgebrochen ist. Hunderte von Häusern sind in Trümmer gelegt worden. Sämtliche Wasserwerke wurden durch die ungeheure Gewalt der Katastrophe zerstört. Aus den Trümmern der eingestürzten Gebäude, die die Straßenräume bedecken, ragen die zerstörten Schreben der Verleihen. Alle Vergie und Kranenwerkzeuge, Wägen und Felle sind zum Rettungswert aufgegeben worden, doch sind die Arbeiten außerordentlich schwer, da die Stadt völlig in Dunkel gehüllt ist. Auch das Wahrzeichen von Santiago de Kuba, die Kathedrale, ist ein Trümmerhaufen.

Staatssekretär Meißner erklärt:

Der Staatssekretär des Reichspräsidenten Meißner erklärte, daß Mitteilungen über angeblich von ihm betriebene Vorarbeiten für eine Umbildung der Reichsregierung jeder Grundlage entbehren; er habe insbesondere keinerlei Verhandlungen mit oppositionellen Kräften über diese geführt.

Die Erklärung des Staatssekretärs Dr. Meißner ist ausgelegt worden durch einen Artikel der „Münchener Neuesten Nachrichten“. Das genannte Blatt wendete sich sehr scharf gegen „Quetzlerberies“. Dies einmal mit auch Deutscher ausgeprochen worden, bis es in der so übertriebenen Meinung, daß der Staatssekretär des Reichspräsidenten ohne dessen Wissen sowohl wie ohne Wissen des Reichspräsidenten, die Umbildung des Reichs-Kabinetts auf eigene Faust vorzubereiten und in Verhandlungen mit oppositionellen Kräften und Ernennung von noch nicht einmal befragten Reichsministerkandidaten zu betreiben ließe.

Es könne dem Reichspräsidenten weder als Person noch als Träger seines hohen Amtes, das ihn über die Parteien und die wechselnden Mehrheiten stellt, zugemutet werden, seine Widerwärtigkeit von politischen Faktoren abhängig zu machen.

Die Behauptung, daß Staatssekretär Dr. Meißner an der jüngsten öffentlichen Erklärung Meißners beteiligt sei, wird sich mehreren Tagen lang spekulieren. Es ist erweislich, daß der Staatssekretär den ersten öffentlichen Angriff gegen ihn zum Wort genommen hat, um festzustellen, daß er hier keine aktive Rolle spielt. Auf die Quetzlerberies gegen das Kabinett Meißner im Zusammenhang mit der Reichspräsidentenwahl ist gestern in der „Vossischen Zeitung“ hingewiesen worden. Sie gegen von den Rechtsradikalen aus und es ist gemäß richtig, daß Persönlichkeiten, die zum gegenwärtigen Kabinett beigetragen haben, sich zu den Nationalsozialisten Beziehungen haben, mehrfach und